Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 12 25. Oktober 1971 | 5. Jahrgang | 50 Pfennig

MAULKORB FÜR METALLER

Gewerkschaftstag im Zeichen der Expansionspolitik Brandts

Der Gewerkschaftstag der IG Metall diente dazu, den westdeutschen Imperialismus bei seinem verschärften Kampf um einen Platz an der Sonne zu unterstützen. Die westdeutschen Imperialisten haben es vermocht, in ihrem Kampf gegen den Bankrott gegengenen, aber durch militärisches Übergewicht noch aufrechtzuerhaltenden Dollarimperialismus eine Einheitsfront in der EWG zusammenzuzimmern. Sie sind sich im klaren darüber, daß es langfristige Verträge

Adenauer, Erhard, Kiesinger nur noch hinterhältiger fort, nämlich die eroberungslüsterne Politik des westdeutschen Imperialismus. Nach dem Berlin-Abkommen, das aus der Frontstadt einen Brükkenkopf für die 'friedliche' Infiltration nach Osteuropa macht, und nach den Gesprächen zwischen den Komplicen Brandt und Breschnew auf der Krim ist den französischen Imperialisten deutlich geworden, wer heute in Westeuropa das Heft in der Hand hat. Offiziell be-

Der westdeutsche und Westberliner Arbeiter soll im Interesse der westdeutschen Monopolbourgeoisie noch intensiver ausgebeutet und noch wirksamer als bisher an die Kette gelegt werden. Um die Vorherrschaft in Westeuropa auszubauen, muß der westdeutsche Imperialismus die Arbeiter knebeln. In diesem Rahmen muß man den Gewerkschaftstag der IG Metall Ende September in Wiesbaden sehen.

Darum erschienen Brandt und Arendt

Keine Einheitsfront mit der DKP

DKP-SCHLÄGER MIT TRÄNENGAS GEGEN KPD/ML-GENOSSEN

Totaler Bankrott der Revisionisten bei ihrem 'Politabend' in München

Am Samstag, den 9.10.1971 veranstaltete die DKP einen sogenannten Politabend im Schwabingerbrau in München. Mit einer Rede ihres Oberhäuptlings Bachmann, sowie einigen 'politischen Kabaretts' wollten die DKP-Renegaten die große Werbetrommel rühren und den Münchener Arbeitern, Angestellten und Studenten ihren revisionistischen Sand in die Augen streuen.

Die OG München der **KPD/ML** war gut vorbereitet! Schon vor der Veranstaltung verteilten wir ein Flugblatt, in dem wir die revisionistische, verräterische Linie der DKP vollständig entlarvten: Wir schrieben, daß der bürgerliche Staatsapparat mit seinem Justiz-, Militär- und Polizeiaufgebot ein Instrument der Bourgeoisie ist, um ihre brutale Herrschaft über die Arbeiterklasse auszuüben. Wir schrieben weiter, daß noch niemals in der Geschichte eine herrschende Klasse freiwillig abgetreten ist. Schon gar nicht läßt sich die westdeutsche

Deshalb heißt es in unserem Flugblatt weiter:

„Keine Einheit mit Revisionisten! Die DKP ist ein objektiver SPALTER DER ARBEITERKLASSE. Sie versucht die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Für die Marxisten-Leninisten ist deshalb eine Einheit mit der DKP unmöglich. Denn: „Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung. Doch die Arbeitersache braucht die **EINHEIT UNTER DEN MARXISTEN**, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus!" (Lenin)

Dieses Flugblatt wurde von den meisten Besuchern der Veranstaltung und von vielen Passanten interessiert aufgenommen. Das war der erste Schlag gegen die Revisionisten.

Sodann hielt DKP-Boß Bachmann eine Rede, in der er seine üblen revisionistischen Ideen als 'sozialistische' verkaufen wollte. Er redete viel von der

unter kapitalistischen Staaten nicht geben kann, da ihre Entwicklung ungleichzeitig ist und veränderte Kräfteverhältnisse neue Vertragsbedingungen ergeben. Die derzeitige Stärke des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen westeuropäischen Partnern, errichtet auf einer besonders intensiven Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, beruht auf der Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus. Unter der Maske der Völkerversöhnung und des Friedens setzt die die Brandt-Regierung die Politik von

grüßte Pompidou das sowjetisch-westdeutsche Komplott gegen die Völker Europas, einschließlich des sowjetischen und deutschen Volkes, als einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung, zugleich aber entzogen die Franzosen ihre 'friedliche' Atomtechnik der Kontrolle der Wiener Euratombehörde, um sich so dem Würgegriff des westdeutschen Imperialismus zu entziehen. Dieser braucht, um seine aggressiven Expansionspläne wirksamer als bisher durchsetzen zu können, Ruhe an der Heimatfront.

GENOSSE MAO TSETUNG ERFREUT SICH BESTER GESUNDHEIT (Artikel Seite 4)



dort und schwangen ihre Reden, um die IG Metall auf ihre Politik einzuschwören. Darum sicherte Brenner der SPD-Regierung und ihren 'Inneren Reformen' einschließlich der geplanten Notstandsverfassung für die Betriebe die volle Unterstützung der IG Metall zu. Darum wurde alles getan, um auf dem IGM-Tag Zustimmung der Delegierten für das Lohndiktat der SPD-Regierung zu erhalten. Darum auch die unverhüllten Drohungen gegen klassenbewußte Arbeiter im Vertrauensleutekörper und besonders gegen Kommunisten.

BRENNER ERKLÄRT ARBEITER FÜR DOOF

Der Gewerkschaftstag war vom Vorstand so geschickt inszeniert, daß der Widerstand gegen diese Politik sich leerlaufen mußte, besonders, da schon die meisten Vertreter so ausgesiebt waren, daß nur wenige 'Störenfriede' dabei waren. Als einige Delegierte ihren Unwillen über die 9–11%-Forderung zum Ausdruck brachten, wurde das von den Bonzen demagogisch aufgegriffen, um zu verhindern, daß sich eine entsprechende Fraktion bildete. Dasselbe geschah in der Frage der konzertierten Aktion. In zahlreichen Anträgen war der Wille ausgedrückt, die IGM solle ihre Mitarbeit in der konzertierten Aktion aufkündigen. Brenner hörte sich die Vorwürfe an und schwieg. Tags darauf hielt der 'alte Fuhrmann', wie ihn das großkapitalistische 'Handelsblatt' lobend nannte, sein 'Grundsatzreferat', betrieb 'linke' Demagogie, um die Diskussion über Reform und Revolution abzuwürgen, redete von Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und warf den kritisierenden Arbeitern vor: „Von Realität habt ihr keine Ahnung, Kollegen !" was ihm die volle Unterstützung der 'Bild'-Zeitung garantierte. Der feine Otto meinte offenbar die Realität im Aufsichtsrat des Kruppkonzernes, der mittlerweile fleißig Arbeiter entläßt. Als die Wiederwahl zur Debatte stand, waren die Einwände gegen seine Tarif-Politik 'vergessen' und er erhielt mit überwältigender Mehrheit die Möglichkeit, diese Politik für drei weitere Jahre anzuleiten. In den Vorstand wurde als neuer Hauptkassierer ebenfalls jemand 'gewählt',

Bourgeoisie, die wie kaum eine andere bis an die Zähne bewaffnet ist, auf friedliche Weise die Macht im Staat nehmen. Wer deshalb, wie die DKP, uns was vom 'friedlichen Hinüberwachsen' des Kapitalismus in den Sozialismus erzählt, der verbreitet nicht nur Lügen und Märchen, er ist außerdem ein hinterhältiger Verräter und gemeiner Betrüger an der Arbeiterklasse, weil er ihr Sand in die Augen streut und sie von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes ablenkt. Und genau zu diesem Zweck wurde die DKP von der westdeutschen Bourgeoisie zugelassen: Um den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse zu lähmen und in 'demokratische Bahnen' zu lenken !

So zum Beispiel in Hagen, als 7000 gegen Stillegung und Kurzarbeit streikende Stahlarbeiter demonstrierten, redeten die DKP-Diplomabwiegler den Arbeitern ein, nach Hause zu gehen, es sei alles in Ordnung, weil sich jetzt die Landesregierung (Weyer & Co) um die Sache kümmere. Daß in Wirklichkeit nichts in Ordnung ist, wissen und wußten die DKP-Revisionisten ganz genau. Deshalb verprügelten sie auch Rotgardisten und Genossen der **KPD/ML** und rissen ihnen die Flugblätter aus der Hand, weil die **KPD/ML** die Arbeiter zum entschlossenen Kampf aufforderte. In der DKP-Presseerklärung hieß es dann: „Besonnene Arbeiter brachten Hitzköpfe der **KPD/ML** zur Raison."

Die **KPD/ML** aber, die diese Betrugsmanöver der DKP entlarvt, hassen diese DKP-Arbeiterverräter wie die Pest. Zuletzt gingen sie sogar so weit, vom bürgerlichen Staat das Verbot der **KPD/ML** zu fordern. (ROTER MORGEN 7/71)

sowjetischen 'Friedenspolitik', er pries die 'neue Ostpolitik' und schwärmte vom 'Geist von Oreanda'*. Mit revisionistischer Entschiedenheit sprach er sich gegen ein System aus, 'wo die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr Steuern zahlen'. Er meinte weiter, was 'Breschnew und Brandt im Großen machen', sollte im Kleinen auch in den Betrieben geschehen: SPD und DKP sollten gemeinsam den 'Feind von rechts' bekämpfen. Der SPD, die die Arbeiter längst aufs übelste verraten und sich vollends den westdeutschen Kapitalisten verkauft hat, dieser SPD kroch Bachmann förmlich in den Hintern und winselte um ein Bündnis mit ihr !

Selbstverständlich fiel kein Wort, daß gerade diese SPD alle Maßnahmen ergreift, um offenen Faschismus vorzubereiten: Notstandsgesetze, Vorbeugehaft, neues Bundesgrenzschutzgesetz usw. Selbstverständlich fiel auch kein Wort über den faschistischen Überfall der sowjetischen Sozialfaschisten auf die Tschechoslowakei 1968, kein Wort über die brutale militärische Niederschlagung der polnischen Arbeiterstreiks 1970, kein Wort über die Kriegsvorbereitungen der 'friedliebenden Sowjetunion' gegen das sozialistische China.

Nach dieser Rede stand ein Sympathisant der **KPD/ML** auf und fragte, ob eine Diskussion möglich wäre. Aber er konnte kaum ausreden, als sich schon einige DKP-Funktionäre mit einer eigens angeheuerten 'Schutz-Staffel' auf ihn stürzten.

* Oreanda ist der Ort auf der Krim, wo Breschnew und Brandt gemeinsam im Meer planschten und sich ob ihres neuesten Kuhhandels eins ins Fäustchen lachten.

MAULKORB FÜR METALLER

Fortsetzung von Seite 1

der in seinem Bereich alles getan hat zur Durchsetzung des Lohndiktats: Karl-Heinz Troche, bis dahin 1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Dortmunder IGM und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Hoesch.

HETZE GEGEN KOMMUNISTEN

Um die Ruhe an der Heimatfront durchzusetzen, ging der Vorstand gezielt gegen klassenbewußte Gewerkschaftsmitglieder vor, die ein 'gestörtes Vertrauensverhältnis' zur Gewerkschaftsführung haben, da sie gegen deren Unterstützung des Lohndiktats und der Knebelungsmaßnahmen Front machen. Der widerspruch zwischen den sozialdemagogischen Bonzen und diesen klassenkämpferischen Kollegen trat offen zutage, als Auszüge aus dem Protokoll einer Sitzung zwischen Vorstandsmitgliedern der IG Metall und Arbeitsdirektoren der Stahlindustrie bekannt wurden, aus denen hervorging, daß mit Hilfe der Arbeitsdirektoren die Vertrauensleute in den Griff genommen -(Kapust, Arbeitsdirektor von Rheinstahl) werden sollten, um die 'wachsende Politisierung in den Betrieben' (Hölkeskamp, Arbeitsdirektor von Hoesch) zu bekämpfen. Der für die Vertrauensleute-Arbeit zuständige Fritz Strothmann, der diese Sitzung zu verantworten hatte, drohte unverblümt mit dem Rausschmiß: „Die Freiheit in der IG Metall, gegen die IG Metall sein zu dürfen, muß ihre Grenzen bei sogenannten Basisdemokraten haben, ... die im Betrieb pokern und die gewerkschaftlichen Funktionäre in unflätiger Weise beschimpfen" Wer damit gemeint ist, wird klar aus den Worten des IGM-Pressechefs Werner Thönnessen, der mittlerweile in Genf als stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes in der Karriereleiter nach oben rückt: „Kommunisten sind..... Mitglieder wie andere auch,



DAS JUGOSLAWISCHE VOLK WIRD JEDEN ANGREIFER VERTREIBEN.

Breschnew-Doktrin

Vor kurzem weilte der Revisoinisten-Häuptling Leonid Breschnew in Jugoslawien, um durch einen 'inoffiziellen Freundschaftsbesuch' bei Tito für seine reaktionären Machenschaften um Verständnis zu werben. Bei dieser Gelegenheit behauptete er, die 'sogenannte Doktrin der beschränkten Souveränität' der sozialistischen Länder, sei eine 'von bestimmten Kräften in Umlauf gebrachte Fabel'. Diese Kräfte versuchten, einen Keil zwischen die Sowjetunion und Jugoslawien zu treiben.

Breschnew meint offenbar, man brauche nur oft genug von 'Frieden' und 'Verständigung' zu sprechen, dann würden die Völker den Wolf im Schafspelz schon nicht erkennen. Er meint, die Völker hätten ein kurzes Gedächtnis und das Jahr 1968 schon vergessen, als die sowjetischen Sozialimperialisten gerade eben jene Doktrin der 'beschränkten Souveränität' gegenüber der Tschechoslowakei

revisionistischen Partei Polens offen folgende Behauptung auf: Bestünde für die 'Sicherheit' der sogenannten 'Gemeinschaft' der revisionistischen Länder (was heißen soll, für seine kolonialistischen Interessen in manchen osteuropäischen Ländern und in der Mongolischen Volksrepublik) eine Gefahr, so sei dies 'nicht mehr nur ein Problem der Bevölkerung eines einzelnen Landes', und der Sowjetrevisionismus sei zu einem militärischen Vorgehen gegen ein bestimmtes Mitglied der 'Gemeinschaft' berechtigt.

Wie wenig geheuer es Tito bei diesem Dimenti war, zeigte, daß er kurz nach dem Breschnew-Besuch die größten Manöver aller Waffengattungen und der organisierten Miliz sowie der jugoslawischen Partisaneneinheiten zwecks Erprobung der integralen Volksverteidigungskrieges* abhalten ließ.

DKP-Schläger mit Tränengas gegen KPD/ML-Genossen

Fortsetzung von Seite 1

Mit aller Gewalt versuchten sie, ihn aus dem Saal zu zerren. Auf Genossen, die ihm zu Hilfe kamen, schlugen diese Gangster wie wild ein. Schließlich gelang es ihnen, sechs Genossen aus dem Saal zu drängen, wobei eine Genossin sich beim Sturz die Wirbelsäule verletzte, bei einem anderen Genossen blutete das Gesicht, ein dritter schließlich konnte sich gerade noch am Treppengeländer festhalten, als man ihn hinunterstieß. Um diese sozialfaschistische Aktion, bei der auch der Münchener DKP-Boß Hankofer persönlich mitwirkte, möglichst zu vertuschen, löschte man sofort das große Licht und begann mit einem der revisionistischen Kabaretts.

Drinnen im Saal, bei diesen Kabaretts war dann viel vom Elend der Studentenehepaare, wenig aber von dem der Arbeiterfamilien die Rede. Draußen aber beschlossen die sechs Genossen, die sich natürlich nicht kampflos haben hinaus-

Eins dieser Schweine ging sogar so weit, daß er aus unmittelbarer Nähe zwei Verteilergenossen Tränengas in die Augen sprühte. Die Genossinnen mußten daraufhin sofort in die Augenklinik gebracht werden.

Aber **Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße** (Mao Tsetung). Immer mehr Kollegen und Genossen stimmten vor dem Schwabingerbrau in den Sprechchor ein:

„DKP – Sozialfaschisten – prügeln wahre Kommunisten !"

Noch nie hatten wir in so kurzer Zeit so viele ROTE MORGEN verkauft wie hier !

So hat sich hier in aller Deutlichkeit gezeigt, was hinter der reformistischen-revisionistischen Maske der DKP-Bosse steckt: Die Fratze des Sozialfaschismus ! Wenn sie könnten, wollen: Schon längst würden sie wie ihre großen Brüder in in der Sowjetunion und Polen, der DDR usw. schießen.

Wer uns natürlich in keiner

solange sie sich an unsere Spielregeln halten", d.h. solange sie den Verrat des Vorstandes unterstützen und – wie die DKP – von der 15%-Forderung der Arbeiter abrücken (die UZ redet nur mehr von 10% mit 'Spielraum' nach oben). Schwierigkeiten der IG Metall sieht Thönnessen überall dort, wo 'Marxisten-Leninisten die Hochburgen haben, weil sie der Gewerkschaftsorganisation entgegenstehen". Hier muß nach Auffassung des Vorstandes hart durchgegriffen werden, um die IGM von 'zersetzenden Elementen' zu 'säubern'. Dem dienten auch die Anträge, die der Brandt-Regierung das Verbot der 'maoistischen' Gruppen empfehlen.

Walter Arendt stellte in der Debatte um das neue Betriebsverfassungsgesetz richtig fest: „Den Arbeitern, der größten sozialen Gruppe im Volk, wird nichts geschenkt. Sie müssen sich jeden einzelnen Fortschritt selbst erkämpfen", erkämpfen gegen Arendt, Brenner & Co., deren 'Vernunft' von der bürgerlichen Presse gefeiert wird.

IGM-VORSTAND FÜR EINVERLEIBUNG DER DDR

Die Vergiftung der Arbeiterklasse mit den Großmachtträumen des erstarkenden westdeutschen Imperialismus kam deutlich zum Ausdruck im Streit um die Präambel der IGM-Satzung, wo es heißt: „Die IG Metall erstrebt eine das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall." Brenner demagogisch gegen die Geschäftsträger der DDR-Interessen in Westdeutschland: „Glaubt vielleicht irgendjemand, daß die Kommunisten in ihren Satzungen ihre Zukunftsabsichten streichen würden, weil die Realitäten anders aussehen ?" Brenner sprach sich damit offen für eine Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus aus, wie sie von der Brandt-Regierung angestrebt wird, der der sowjetische Sozialimperialismus 'realitätsbewußt' Berlin als Morgengabe überreichte. Eugen Loderer forderte geradezu auf, die IG Metall solle ihre Hoffnungen auf die Initiativen der Bundesregierung und der von ihr betriebenen Ostpolitik setzen. Der Charakter des IGM-Apparates als offene Agentur des westdeutschen Imperialismus in der Arbeiterklasse wird damit voll bestätigt.

über der Tschechoslowakei praktizierten.

Derselbe Breschnew, der heute heuchlerisch erklärt, eine solche Doktrin habe es niemals gegeben, stellte am 12.November 1968 auf dem V. Parteitag der

* integral heißt allumfassend; ein integraler Volksverteidigungskrieg ist also ein Krieg, in dem nicht nur das Militär dem Angreifer entgegentritt, sondern das ganze Volk zum Verteidigungskampf mobilisiert wird (in Miliz- und Partisanenverbänden)

FASCHISTISCHER BRANDANSCHLAG AUF DIE KPD/ML LV-WESTBERLIN

Vor einigen Tagen wurde in West-Berlin auf das Sekretariat des LV West-Berlin der KPD/ML ein Brandanschlag verübt. Als unsere Genossen am Samstag Morgen in den Parteikeller kamen, war die Tür aufgebrochen, die Rahmen herausgehauen, die Fensterscheiben zerschlagen, die Stühle und Tische umgestürzt. Im Hinterzimmer hatten unbekannte Täter ein rotes Transparent angezündet und die Flammen hatten auf einen Packen Zeitungen der Roten Garde übergegriffen. Aber die Banditen hatten es eilig gehabt, sie hatten nicht alles zerstören können. Es war nur dem Zufall zu verdanken, daß die Flammen nicht das über dem Keller liegende Wohnhaus erreichten. Es wäre nicht auszudenken gewesen, wenn die schlafenden Hausbewohner von Feuer überrascht worden wären. Doch über solche Vorfälle schreibt die bürgerliche Presse kein Wort. Die Meinungsmacher von „Bild" und „BZ", die sonst über jeden geworfenen Pflasterstein Seiten füllen können, schweigen sich darüber aus. Man merkt, wer mit wem unter einer Decke steckt. Dieser Brandanschlag zeigt die hilflose Wut der Reaktionäre gegen die anwachsende revolutionäre Bewegung.

DIE RÜSTUNGSPOLITIK DER DKP

Pentagon-Staatssekretär Laird erklärte am 3. September, die USA hätten beschlossen, Westdeutschland 175 Phantomjäger anzudrehen (so hat er sich natürlich nicht ausgedrückt). Das soll dazu beitragen, die Zahlungsbilanz des USA-Etats auszugleichen. Entschieden erklärte er zugleich, daß nicht daran gedacht sei, die USA-Truppenstärke in Westdeutschland und West-Berlin zu verringern. Bezahlen soll für deren Stationierung der westdeutsche Steuerzahler künftig 1,2 Milliarden Dollar. Noch weigert sich die Brandt-Regierung, so viel für ihre Beschützer auf den Tisch zu legen, denn sie braucht das Geld für ihre eigene Aufrüstung. Vorschlag des stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Herbert Mies: Auf Grund der gegebenen Entspannungsfortschritte, die durch das Berlinabkommen erzielt worden seien, könne der Rüstungsetat der BRD 1972 drastisch gesenkt werden. Mit diesem miesen Vorschlag wendet sich die DKP hier wieder einmal an den kapitalistischen Staat, um ihm konstruktive Mitarbeit anzubieten, statt die Funktion der Aufrüstungspolitik klar zu entlarven und mit August Bebel dem Imperialistischen Krieg den Krieg zu erklären: **Diesem System keinen Mann, keinen Groschen !**

werfen lassen, über diese sozialfaschistische Schweinerei der DKP ein Flugblatt zu machen. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, und prompt, als die Veranstaltung zu Ende war, wurde das Flugblatt verteilt: „DKP-Schlägertruppe prügelt Kommunisten aus dem Saal – DKP-Bosse fürchten die Diskussion !"

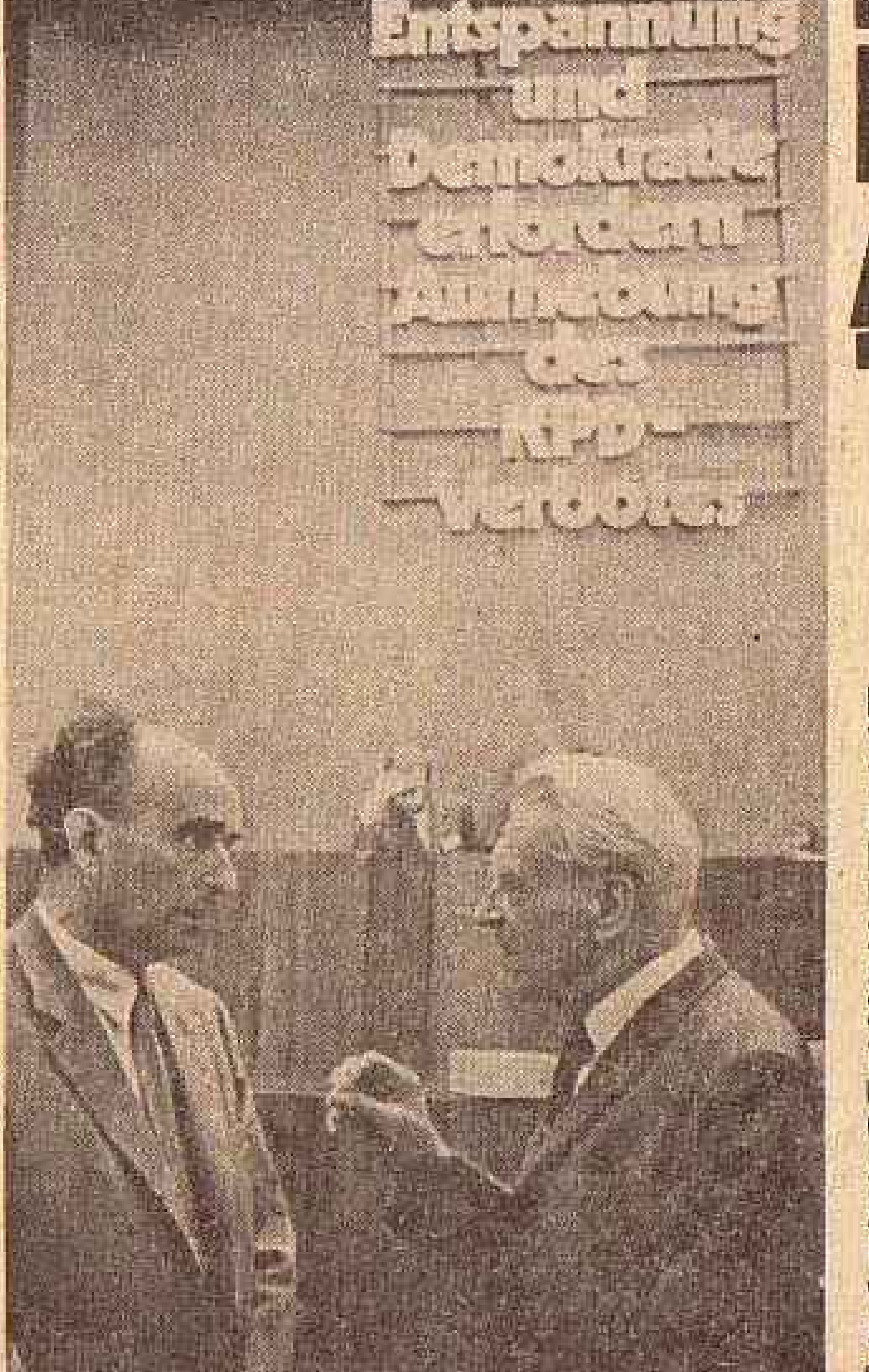
Dieses Flugblatt wurde ein noch größerer Erfolg als das erste. Viele Besucher, Kollegen und Genossen stellten sich offen auf die Seite der **KPD/ML**. Mit dieser sozialfaschistischen Aktion hatten sich die DKP-Renegaten noch mehr entlarvt ! Kein Wunder, daß sie sich schnaubend auf uns stürzten und versuchten, uns die Flugblätter aus der Hand zu reißen.

Weise unterstützt hat, das waren die Arbeiter-Basis-Gruppen, ein Münchener Zirkel, der sich zwar 'marxistisch-leninistisch' nennt, in der Praxis aber eine neorevisionistische Linie vertritt. Mit dem Argument, unsere Aktion wäre 'individualistisch' und man könne das, was die DKP hier gemacht hat, nicht als sozialfaschistisch bezeichnen, 'begründeten' sie ihre feige Kapitulantenhaltung.

Kollegen, Genossen !

Erteilen wir den Arbeiterverrätern der DKP eine Abfuhr, erteilen wir den Kapitulanten der neorevisionistischen Zirkel eine Abfuhr: Unterstützen wir den Aufbau der KPD/ML, der Kampfpartei der Arbeiterklasse in Westdeutschland und West-Berlin !

REIMANN UND BACHMANN, DIE SOZIALFASCHISTEN, HETZEN SCHLÄGERTRUPPS AUF KOMMUNISTEN !





Zentralorgan der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin; Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: D. Schneider, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: D. Schneider, Hamburg 336444; Erscheinungsweise: vierzehntägig; Einzelpreis: 50 Pfennig; Abonnement: Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu bezahlen.

SHELL-RAFFINERIE

In Worms verschärft sich die Lage

Auf einer Podiumsdiskussion über Für und Wider die Raffinerieansiedlung haben sich für die Wormser Bevölkerung alarmierende Tatsachen ergeben. Sage und schreibe sechs Vertreter des gehobenen und höheren Managements der Shell-AG verliehen der Diskussion erhebliches Gewicht. Daraus allein folgt bereits, wie ungemein wichtig die Shell das Raffinerieprojekt nimmt. Auch der Staatsschutz verstärkt seine Aktivität. Nachdem die Mitglieder des „Bürgerkomitees" vom Verfassungsschutz verhört und eingeschüchtert worden waren, fühlten sich die Wormser Verfassungsschutz dem wachsenden Widerstand und vor allem der Aktivität der KPD/ML nicht mehr gewachsen. Die Zentrale von Rheinland-Pfalz in Mainz nahm sich nun der Sache an. Die ersten Aktionen der Polizei gegen Flugblattverteiler wurden gestartet. Die Bevölkerung nahm die Flugblätter der Partei höchst interessiert bis begeistert auf.

Im letzten Agitationsflugblatt der Ortsgruppe Worms heißt es:

Das Vertrauen der Kapitalistenklasse ist der Stadtverwaltung wichtiger als das Wohl der Bevölkerung !

Wie ist es anders zu erklären, daß noch kein einziges Gutachten über die zu erwartende Luft- und Wasserverschmutzung vorliegt, obwohl schon seit anderthalb Jahren verhandelt wird ?

In dem Geheimvertrag war nur von finanziellen Vorleistungen der Stadt die Rede, von Verpflichtungen der Shell-AG zu Umweltschutzmaßnahmen war kein Wort zu lesen. Schon daran kann man sehen, nach welcher Pfeife die Stadtverwaltung tanzt !

Im übrigen hält es Bürgermeister Hirschbiel persönlich für ausreichenden Umweltschutz, die Anlagen der Shell-AG zu „begrünen"

Zu solchen niederträchtigen Argumenten müssen die Stadtväter greifen, um ihre Schandtaten zu vertuschen ! Die entscheidenden Gefahren und Auswirkungen der Raffinerie-Ansiedlung verschweigen sie jedesmal.

Die Folgen der Raffinerieansiedlung: Luftverschmutzung Trinkwasserverseuchung und Ruinierung der Bauern !

Der Ausstoß an giftigen Abgasen bei Raffinerien ist so groß, daß nach Angaben der Landesanstalt für Emissionsschutz die nächsten Wohnsiedlungen mindestens 2 km von Raffinerien entfernt sein müssen. Für die Raffinerie in Moers am Niederrhein, die noch klei- treter der Einwohner Rheindürkheims mundtot gemacht werden.

Schon im vergangenen Jahr wurden die betroffenen Ortschaften im Zuge der reaktionären Verwaltungsreform eingemeindet. Daran erkennt man im übrigen auch den Zweck der Ver- sich eben in das moderne wirtschaftliche Gefüge einordnen."

Dazu gehört nach Ansicht der Wormser Stadtverwaltung auch, daß 94 % der Rheindürkheimer Bauern durch die Ansiedlung der Raffinerie ruiniert werden, obwohl sie erst in letzter Zeit ca. 500 000 DM in Be-

VERBOT DER DKP ?

Am 10. Juli 1971 schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die DKP: „Die Bundesregierung will gegen die DKP nicht vorgehen, weil für die innere Sicherheit der Bundesrepublik tatsächlich nichts gewonnen wäre, und natürlich auch, weil ihr ein neuerliches Verbot der Kommunisten optisch nicht zu ihrer Ostpolitik passen würde...

Es ist in Bonn gegenwärtig nicht möglich, einen Abgeordneten der Opposition genannt zu bekommen, der auch vermutungsweise die Absicht haben könnte, sich für ein Verbot der DKP in ähnlichem Sinne stark zu machen, wie seinerzeit sich Innenminister Benda immerhin für ein Verbot der NPD stark machte... die ziemlich gut zu überschauende Deutsche Kommunistische Partei, die gelegentlich sogar einige Dividenden für die bestehende Ordnung abwirft. So hat sie beispielsweise bei der Domestizierung fanatisierter jugendlicher Revolutionäre Vorzügliches geleistet – vor allem ihr Präsidiumsmitglied Kapluck ist zu erwähnen... Nicht ganz so gelassen, aber dennoch ohne jede Aufregung wird die DKP von der westdeutschen Industrie betrachtet, obwohl auf sie das kommunistische Schlagwort 'DKP contra Großkapital' gemünzt ist..."



BENDA: GEBURTSHELFER DER DKP

Über die KPD/ML schrieb die FAZ im selben Artikel: „Was der Industrie mehr Sorge macht, ist das lebhafte Konkurrenz-Verhältnis innerhalb der radikalen linken Gruppen, das die einzelnen, beispielsweise die Kommunisten und Maoisten der sogenannten 'Kommunistischen Partei Deutschlands, Marxisten-Leninisten' (KPD/ML) ständig zu Erweisen größerer Aktivität treibt."

In letzter Zeit kann man in CDU/CSU-nahen Publikationen, wie z.B. in Springers 'Welt' des öfteren lesen, die DKP müsse verboten werden. Von der KPD/ML ist im gleichen Zusammenhang nicht die Rede.

Liegt das daran, weil die KPD/ML, wie die DKP behauptet, nur immer gegen die SPD und die DKP

Nicht die DKP ist das Angriffsobjekt dieser Politiker, sondern die SPD, denn CDU und SPD waren sich in der Großen Koalition darüber einig, die DKP zuzulassen. DKP-Vorständler Grete Thiele und Herbert Mies gingen damals beim Bundesjustizminister Heinemann und Bundesinnenminister Benda betteln.

Der DKP war die Funktion zugedacht, die zunehmende antikapitalistische Bewegung zu zähmen, darin hat sie – wie ihr die FAZ bestätigt – Vorzügliches geleistet. Sie erwirbt sich damit ständig für die westdeutschen Imperialisten große Verdienste, insbesondere, weil gerade sie es ist, die den räuberischen Vertrag zwischen westdeutschen und sowjetischen Imperialisten als Friedenswerk verkaufen kann. Darum denkt ja

am Niederrhein, die noch kleiner ist als die geplante Shell-Raffinerie, hat die Landesanstalt gefordert, alle Wohngebäude im Umkreis von 2 km zu räumen.

Die Entfernung der geplanten Raffinerie zu den Wohnsiedlungen Rheindürkheims beträgt 500 m ! Also müßten große Teile der Bevölkerung von Rheindürkheim und den anderen betroffenen Dörfer **evakuiert** werden, um nicht sofort direkt Gesundheitsschäden zu bekommen.

Die Wormser Stadtverwaltung hat auch das bereits in ihre Machenschaften mit einkalkuliert. Vor kurzem erst sprach OB Kuhfuß dem Ortsbeirat von Rheindürkheim das Recht ab, bei der geplanten Raffinerie-Ansiedlung ein Wörtchen mitzureden. Damit sollten die Verwaltungsreform: Abschaffung der Selbstverwaltung der Gemeinden, um u.a. lebensbedrohende Industrieansiedlungen zu begünstigen.

Die Shell-Vertreter streiten natürlich wie vor jeder Raffinerie-Ansiedlung ab, daß ihre Raffinerien giftige Abgase ausstoßen. Ist die Raffinerie erst einmal gebaut und die Luftverschmutzung da, so handelt es sich eben um eine „technische Notwendigkeit" (so der ehemalige hessische Sozialminister Hemsatz zu den Klagen der Raunheimer Bürger über den Gestank der dortigen Caltex-Raffinerie). Der Pressechef der Caltex-Raffinerie in Raunheim, Kunckel, raunzte die Bürger an: „Eine Raffinerie ist kein Sanatorium..... Die Bevölkerung muß ter Zeit ca. 500 000 DM in Berieselungsanlagen und ähnliche Maßnahmen gesteckt haben.

Die Verseuchung der Grundwassers gehört offensichtlich auch zur „Einordnung in das moderne, wirtschaftliche Gefüge". Der Grundwasserspiegel des vorgesehenen Raffineriegeländes (übrigens **Wasserschutzzone** !) ist nur 3,5 m tief; schützende Bodenzwischenschichten sind nicht vorhanden.

Die Ansiedlung der Raffinerie auf dem Gelände würde nicht nur ein Wasservorkommen verseuchen, auf das Worms in Zukunft angewiesen ist. Wegen der Richtung des Grundwasserstromes besteht auch die Gefahr, daß das bestehende Trinkwasserreservoir von Worms im Ried verseucht wird !

Die Stadtverwaltung stärkt die Wirtschaftskraft der Shell-AG auf Kosten der Bevölkerung !

Das letzte fadenscheinige Argument, das Hirschbiel anführte zur Verteidigung der Machenschaften der Stadtverwaltung war, daß durch die Shell-Ansiedlung die Wirtschaftskraft der Stadt gesteigert werde. Doch er hätte besser sagen sollen: die Wirtschaftskraft der Shell-AG !

Er konnte nicht abstreiten, daß die Stadt nach ersten Schätzungen Vorleistungen in Höhe von rund 100 Millionen DM aufbringen muß, um es der Shell-AG recht zu machen; sei es durch den Bau eines Hafens, durch den Bau von Straßen, Brücken, Rohrleitungen usw. Demgegenüber sind die knapp 4 Millionen DM, mit denen Hirschbiel an Gewerbesteuer und Hafengebüren jährlich rechnet, ein Pappenstiel.

Wird die Wirtschaftskraft der Stadt etwa auch gesteigert durch die Zerstörung sicherer Grundwasservorkommen, so daß Worms in Zukunft sein Wasser über teure Fernleitungen beziehen muß ?

Wenn Hirschbiel glaubt, durch Volksverdummung könne er die Shell-Ansiedlung durchdrücken, hat er sich geirrt !

Für die Shell-Vertreter allerdings ist ein Mann wie Hirschbiel gerade recht. Im Anschluß an die Podiumsdiskussion lobten sie ihn als geschulten Mann, der sein Geschäft verstehe. In der Tat: Der Wormser Bürgermeister ist gerissen genug, die Erledigung der Geschäfte der Kapitalisten als Dienst am Allgemeinwohl auszugeben.

Kein Wunder auch, daß die Shell-Vertreter Worms als „optimalen Standort" einschätzten. Ein besseres Werkzeug zur Durchsetzung ihrer Interessen als die Wormser Stadtverwaltung konnten sie gar nicht finden.

Und wer im Publikum noch glaubte, Stadtverordnete seien unabhängig von den Kapitalisten, der wurde eines besseren belehrt, als die Shell-Vertreter begründeten, warum sie ihre Raffinerie nicht im Raum Groß-Gerau in Hessen angesiedelt haben: Der größte Kapitalist in dem Raume (die Opel-Werke Rüsselsheim) fürchtete um sein Arbeitskräftemonopol und ließ deshalb die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Groß-Gerau platzen.

immer gegen die SPD und die DKP 'schießt' und den 'Klassenfeind', die Großbourgeoisie und das 'Rechtskartell' angeblich in Ruhe läßt ? Ist der Ruf nach dem DKP-Verbot eine Reaktion der CDU-Faschisten auf die DKP-Agitation gegen das 'Rechtskartell' oder steckt mehr dahinter ? Ist die Einschätzung der FAZ mittlerweile überholt ? Was steckt dahinter ?

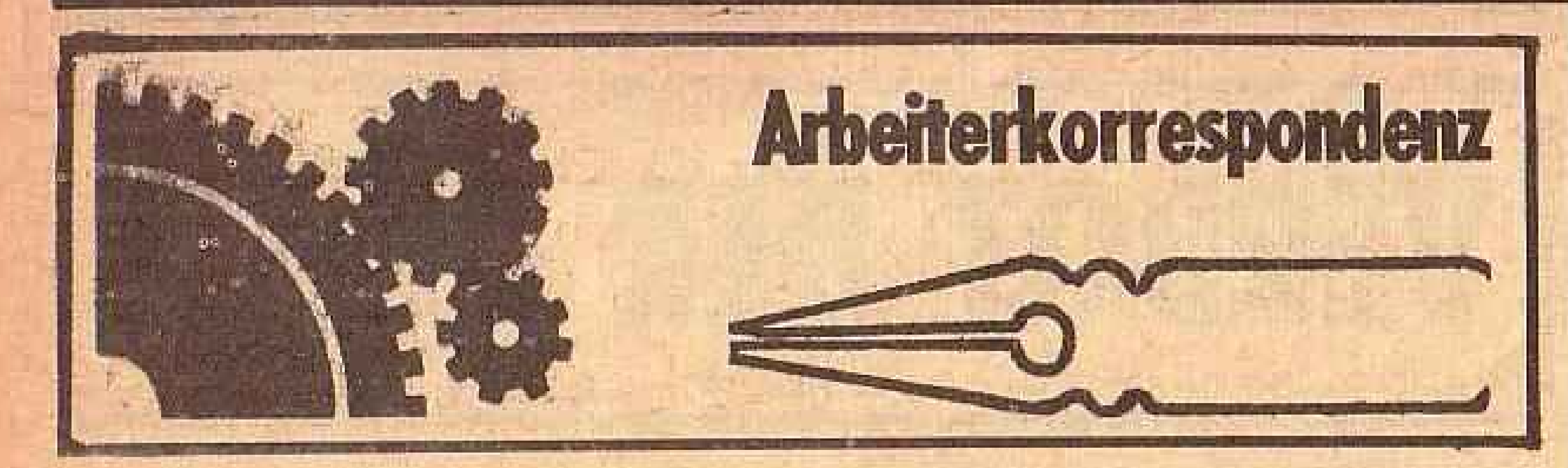
Angesichts der heraufziehenden Krise und der damit verbundenen Kurzarbeit, Lohnkürzungen und Entlassungen sieht die CDU eine Chance, die SPD in ihrer Lakaienrolle für das westdeutsche Kapital wieder abzulösen. Rainer Barzel, frischgewählter Vorsitzender, und seine Recken gehen davon aus, daß der Mohr SPD mit den Ostverträgen seine Schuldigkeit für die westdeutschen Imperialisten getan hat. Der Widerstand dieser Kräfte gegen den Berlin Vertrag war nur Schein. Strauß, Barzel & Co. wären froh gewesen, wenn sie es gewesen wären, die diese Verträge abgeschlossen hätten. Aber das ging aus Gründen der Optik für den sowjetischen Sozialimperialismus schlecht. Nur ein ehemaliger Spanienkämpfer Brandt konnte den deutschen und sowjetischen Arbeitern als 'Friedensengel' verkauft werden. Nun, wo das Komplott Bonn—Moskau fast unter Dach und Fach ist, spekulieren die CDU/CSU-Mannen darauf, daß der westdeutsche Imperialismus seine derzeitige politische Hauptstütze im Proletariat nicht gänzlich verschleißen möchte. Daher sieht die CDU eine Chance, wieder an die Macht zu kommen. Barzel erklärt sich zu Neuwahlen bereit.

Demagogisch werden alle Schläge, die die SPD-Regierung im Auftrag der Bourgeoisie den Arbeitern versetzt, der SPD allein angelastet (wie es auch der KJVD tut). Da die CDU zur Zeit nicht die 'Verantwortung' trägt, können die christlichen Gewerkschaften sogar demagogisch 22 % Lohnerhöhungen fordern, ohne befürchten zu müssen, daß das jemand ernst nimmt. So hofft die CDU, wie ein Phönix aus der Asche zu steigen. In den Rahmen dieser Demagogie gehört auch die Hetze der CDU gegen die SPD zum Thema DKP, um so Stimmung für sich beim Kleinbürgertum zu machen.

auch kein MdB heute im Ernst daran, ein Verbot der DKP, die ja sogar ihre Liebesdienerei so brav betreibt, daß Funktionäre in das Verbotsgeschrei um die KPD/ML einstimmen.

Die CDU/CSU weiß natürlich, daß die SPD den wahren Grund für die Zulassung nicht laut werden lassen darf, ja sie würde die Agentur des Sozialimperialismus in Frage stellen, wenn sie zugäbe, daß auch die CDU in Wirklichkeit für die Zulassung der DKP ist. Darum geht Genscher in seiner Antwort auf eine 'kleine Anfrage' der CDU auch wie eine Katze um den heißen Brei herum. Während er doch alles unternimmt, um die KPD/ML zu kriminalisieren, behauptet er zugleich, es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, die DKP als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD anzusehen, und das zu einem Zeitpunkt, wo der KPD-Vorsitzende Max Reimann in die DKP übernommen wird. Die KPD hat sich damit 'in Wohlgefallen' aufgelöst. Einerseits ist die Bourgeoisie daran interessiert, daß die DKP weiterhin mit dem Ansehen der alten KPD die Arbeiter verführt, ohne die Frage 'Nachfolgeorganisation' ganz geklärt ist. Denn so ganz traut sie dem Ableger der DDR-Bourgeoisie doch nicht, sie möchte sich immer noch eine Trumpfkarte zurückbehalten, damit die DKP schön brav bleibt. Der Arbeiter, dem die DKP zu lahm ist, soll wenigstens glauben können, eine revolutionäre illegale KPD stehe hinter der DKP. Zum anderen bleibt damit die Möglichkeit offen, eventuell — wenn es gar nicht anders geht — die KPD/ML rasch als Nachfolgeorganisation der KPD zu behandeln, d.h. Kommunisten einen kurzen Prozeß zu machen. Lieber wäre es der Bourgeoisie, wenn es gelänge, die 'Maoisten' insgesamt als Verbrecher abzustempeln.

Wenn wir für die Aufhebung des KPD-Verbotes sind, so nicht etwa, weil die KPD nach 1956 noch revolutionär gewesen wäre, denn dann hätten wir die KPD/ML nicht aufbauen müssen, dann wäre das ja in der Tat Spaltung der Arbeiterklasse gewesen. Wir sind für die Aufhebung des KPD-Verbots, um der Bourgeoisie den Kampf gegen uns zu erschweren.



SPALTUNGSMANÖVER

Kollegen von Clouth berichten

Als wir streikten, haben die Herren von der Geschäftsleitung mit allen Mitteln versucht, uns weichzukriegen. Jetzt mit einmal hieß es: „Guten Morgen, Kollege". Kollege ? Das ganze Jahr über sehen sie einen nicht und jetzt sollten wir Kollegen sein ? Dann sagten sie: „Aber man kann doch diskutieren." Aber wir gaben ihnen die richtige Antwort. Wir können diskutieren, wenn der Streik zu Ende ist. Aber dann haben sie kein Interesse mehr daran ! Dann sind wir wieder die kleinen Arbeiter. Was sie hier machen ist lächerlich, daß sie Arbeitern die Hand geben wollen. Gehen sie nicht sonst die Hände waschen, wenn sie einem Arbeiter die Hand geben ?

Hinten herum haben sie es anders versucht. Da haben sie uns regelmäßig Briefe nach Hause geschickt. Da stand dann drin: Wußten Sie schon, daß der Streik illegal ist ? Wußten Sie schon, daß ab sofort Ihre Krankenversicherung abgemeldet ist ? Und diese Briefe kamen vor allem am Wochenende, wo du also Zeit zum Überlegen hast. Und da kommst du ins Grübeln und kriegst Skrupel und Zweifel.

Mit den Angestellten hatten sie am meisten Erfolg. Die haben sie regelrecht bestochen. Die Angestellten bekamen für jeden Tag, den sie im Betrieb waren, von der Geschäftsleitung erst einmal ihr Gehalt und dann noch das Doppelte des Stundenlohnes eines Arbeiters. Fast 300 % ihres Gehaltes haben die also gekriegt ! Da gab es dann ganz Verrückte. Die kamen morgens um 5 Uhr und wollten arbeiten. Einer versuchte, mit einem Hechtsprung über das Eisentor zu springen. Da ist er auf die Schnauze gefallen und hat sich drei Rippen gebrochen. Er ist zum Krankenhaus

Am Montag, als dann das Ergebnis, die 7 % feststanden, standen die Kollegen schon um 4 Uhr auf der Straße. Keiner wußte, was los war, die Streikleitung war nicht da, die Kneipe war zu, wo die Streikleitung sonst tagte, und alle waren unwahrscheinlich sauer, weil der Abschluß so beschissen war. Die meisten haben geschimpft und kein gutes Haar an der Gewerkschaft gelassen. Obwohl es ja nicht die Kollegen an der Basis waren, die den Fehler gemacht haben, sondern die oben an der Spitze die Bürokraten, die ihren Pakt mit dem Kapital wieder einmal abgeschlossen hatten.

Die kommen doch mit uns Arbeitern nicht mehr in Kontakt, weil sie zu hoch sind, weil sie in höheren Regionen schweben. Die haben das Ding verbrochen. Bei jeder Streikversammlung haben wir gefordert, daß wir nicht allein stehen wollen, daß wir in anderen Betrieben, wie z.B. Bayer auch Aktionen sehen wollten. Aber die Betroffenen da oben haben sich nur kleine Betriebe ausgesucht. Die wollten doch die großen Konzerne gar nicht angreifen. Und als dann das Ergebnis rauskam, da standen wir allein mit unserer Wut im Bauch da.

Die Kommunisten von der ML haben klar gesagt, was das ganze war: ein Verrat der Bonzen. Am Anfang sagten viele Kollegen, was soll das ROT FRONT* und so. Aber dann haben wir gesehen, daß die unseren Kampf unterstützten, daß die jeden Tag da waren. Und als dann solche Besucher von der IG-Chemie-Zentrale aus Hannover anreisten und die ROT-FRONT-Kollegen wegjagen wollten, da haben wir ihnen unsere Meinung gesagt ! Auf der letzten Streikversammlung versuchte noch einer von der Tarif-



WARUM DIE IMPERIALISTEN MAO-TSETUNG GERNE IN SEINEM GRAB SÄHEN



Am Dienstag abend, dem 21. September, überraschten uns die Reaktionäre aller Länder mit einer 'Bombennachricht': Mao Tsetung ist tot oder zumindest kurz davor; China ist von inneren Machtkämpfen um die Nachfolge Mao Tsetungs zerrissen. Unsere ach so 'objektive' und 'unabhängige' Presse stützte sich bei der Nachricht auf die 'Studien' von 'China-Experten', die in beispielhafter Weise für die Verlogenheit der bürgerlichen Wissenschaft die Tatsachen verdreht.

1. Wurde die Parade zum 1. Oktober in Peking abgesagt. Zwar begründete das Pekinger Außenministerium diesen Schritt. Bei der Parade handelt es sich um ein Überbleibsel aus der alten Gesellschaftsordnung, das dem Volk nichts nützt. Es sei wichtiger, aus der Geschichte der Volksrepublik zu lernen, als sie mit großen Paraden zu feiern. Aber ein bürgerlicher 'Wissenschaftler' läßt sich natürlich von 'verschlagenen Kommunisten' nicht hinters Licht führen. Da Kommunisten angeblich nichts für die Massen tun, sondern sich nur immer selber an der Macht halten wollen, liegt der Fall ganz klar: Mao Tsetung, der während der

3. Nachdem also die 'Experten' ausführlich 'bewiesen' haben, daß Mao Tsetung todkrank ist, folgern sie weiter auf innere Machtkämpfe. Der besonders scharfsinnige Klaus Mehnert weiß sogar schon, wer gegen wen kämpft: der Ruhe und Ordnung liebende Tschou En-lai gegen die fanatisierte Kulturrevolutionärin Tschiang Tsching. Und die Beweise für diese Aussagen ? Für drei Tage wurde der Luftverkehr von und nach Peking gesperrt und Tschou En-lai war so beschäftigt, daß er keine Besucher mehr empfangen konnte.

Seit Monaten ist bekannt, daß im Oktober der Volkskongreß mit etwa 3000 Delegierten in Peking stattfinden würde. Schon am 28.8. stand in der reaktionären Zeitung FAZ, daß ausländischen Geschäftsleuten und Delegierten von chinesischer Seite zu verstehen gegeben worden ist, daß sie ihren für Oktober geplanten Besuch verschieben sollten, da kein Hotelraum zur Verfügung stehe'. Es erfordert wohl keine weitere Gehirnakrobatik, sich vorzustellen, daß diese 3000 Delegierten auch nach Peking reisen müssen und daß der Ministerpräsident Tschou En-lai mit der Vorbereitung des Kongresses

kämpfen. Mit ihrer Verleumdungskampagne wollen sie uns 'beweisen', daß China genau so ein korrupter Staat ist, wie jeder andere. Doch 'der Stein, den sie erhoben, fällt auf ihre eigenen Füße' oder 'wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.'

Zum anderen entsprechen diese 'Analysen' der Hure 'Wissenschaft' dem Wunschdenken der Imperialisten und ihrer Lakaien. 'Bild' sagte es mal wieder am deutlichsten: 'Wenn Mao tot ist, ändert sich China – ändert sich China, ändert sich die Welt'. (24.9.1971) Hier zeigt sich deutlich, wie sich bürgerlicher und marxistisch-leninistischer Standpunkt unterscheiden. Für Kommunisten ist, wie es Genosse Mao Tsetung einmal sagte, 'das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht'. Für die Imperialisten aber machen die Weltgeschichte immer nur einzelne 'Helden', denen es gelingt, das Volk, das sie 'Pöbel' oder 'Mob' nennen, zu bändigen und zu beherrschen. So hat ihrer Meinung nach Mao Tsetung jetzt den 'chinesischen Pöbel' auf den Weg des Sozialismus gezwungen. Wenn er aber tot ist, so hoffen sie, wird ein anderer

gefahren, hat sich einen Verband geben lassen und ist dann weiter arbeiten gegangen. Mit drei gebrochenen Rippen ist der also noch arbeiten gegangen.

kommission einen Kollegen von der ML rauszuschmeißen. Aber da hatte er sich geirrt. Mehrere Kollegen riefen: „Dann mußt du uns alle rausschmeißen !"

Doppelte Ausbeutung

BAUARBEITER AUS DEM MÄRKISCHEN VIERTEL WEST-BERLIN

Im letzten ROTEN MORGEN haben wir über die Mieterhöhungen im Westberliner Märkischen Viertel und die Empörung der Mieter berichtet. Kollege H.E. schrieb uns dazu:

Da die Hoch-Tief-AG die Häuser im Märkischen Viertel selbst gebaut hat, wohnt dort natürlich auch ein Teil der Bauarbeiterkollegen, die an den Wohnungen mitgearbeitet hatten. Das zeigt an diesem Beispiel exemplarisch, daß die Ausbeutung nicht nur am Arbeitsplatz geschieht. ..... Um die Erhöhung zu rechtfertigen, hat die DeBau-Sie eine Zahl genannt. Nämlich, daß die Gesellschaft jährlich 1690000 DM Zinsen an die Aktionäre zahlen müsse. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und etwas gerechnet. Dabei bin ich auf eine Summe von 2,13 DM Zinsen gekommen. Das heißt, über 60% der Miete im sozialen Wohnungsbau gehen nur für Zinsen drauf. Zinsen sind Gelder, die ohne Arbeit verdient werden. Ich frage dich, Kollege: Wieviel hast du verdient, wenn du morgens die Augen aufmachst ? – Um diese Mißstände abzuschaffen, wird es Zeit, eine starke und schlagkräftige kommunistische Partei zu fördern.

BETRIEBSRAT SCHIKANIERT KOLLEGEN

Bei uns im Betrieb (Hubbert & Wagner in Unna) arbeitet ein Betriebsrat (2. Vorsitzender) am Band in der Kontrolle. Dieser zeichnet sich besonders durch Schikanen gegen seine Kollegen aus. Er wirft alle Teile, die nicht hundertprozentig gearbeitet sind, seinen Kollegen zor die Füße, als wäre er der Herr und sie der letzte Dreck. So versaut er den Kollegen den Akkord, denn wenn er mal einen Krankenschein hat, dann schaffen sie den Akkord. Einem Kollegen wurde das zu bunt und er beschwerte sich beim Abteilungsleiter. Dieser sagte wörtlich: „Da seid ihr selber schuld, warum habt ihr ihn gewählt !" Einem Italiener warf er mal einen Sitz (wir machen VW-Sitze) so vor die Füße, daß er sich verletzte. Doch es passierte nichts. Er hat eben mehr Rechte als wir, und außerdem will keiner mit ihm arbeiten. Solche Leute singen, wenn sie besoffen sind, noch das Horst-Wessel-Lied. Er darf an Schulungen der IG Metall teilnehmen, wo sie ihm beibringen, daß ihr von der KPD/ML Verbrecher wäret. Das war damals, als ihr in Dortmund gegen die Fahrpreise gekämpft habt. Er heißt Otto May.

S.W., Unna

Parade 4 Stunden auf der Tribüne stehen müßte, kann sich nicht mehr so lange auf den Beinen halten, er ist also schwach und halb tot. Und das darf das chinesische Volk angeblich nicht wissen. Dabei stört es diese Lügner gar nicht, daß sie mit denselben Gerüchten schon einmal reingefallen sind: Als 1965 die Parade mit derselben Begründung abgesagt wurde, setzten sie auch die Nachricht von Mao Tsetungs Tod in die Welt. In sechs Jahren ist ihnen nichts Besseres eingefallen.

2. Das zweite Glied in der unwiderlegbaren Beweisführung ist eine Reise von amerikanischen Medizinern, unter ihnen zwei bekannte Herzspezialisten, nach China. Zwar war die Reise schon seit Monaten geplant, und die Ärzte beteuerten auch in allen Äußerungen, daß sie Mao Tsetung nicht gesehen hatten und auch von seinem Sterben nichts wüßten, aber solche Nebensächlichkeiten kann man beiseite lassen. Der Fall liegt klar: Wenn zwei Herzspezialisten nach China reisen, dann kann Mao Tsetung nur herzkrank sein.

alle Hände voll zu tun hat. Andere Gerüchte, wie eine angebliche Urlaubssperre für die Armee oder das Fehlen des Studiums der Maotsetungideen im Rundfunk, konnte der Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur in Peking, Werner Simon, nicht bestätigen. In Peking hatte man von diesen Sachen nichts gemerkt.

Ganz im Gegensatz zu den 'Analysen' zeigen die Abhaltung des Kongresses und die Absage an Paraden, daß durch die Kulturrevolution die Herrschaft der Diktatur des Proletariats in China gefestigt wurde.

Warum aber versteigen sich 'wissenschaftliche Experten' zu so fadenscheinigen Lügen und warum posaunen Presse, Rundfunk und Fernsehen diese Absurditäten so laut hinaus ? Die Reaktionäre aller Länder erkennen jetzt immer deutlicher, daß das chinesische Volk unter der Führung der kommunistischen Partei immer größere Erfolge auf allen Gebieten erringt. Das ist natürlich ein Ansporn für die Unterdrückten aller Länder, sich zu vereinigen und gegen den gemeinsamen Feind zu

'Held' kommen, der den 'Mob' dann wieder zum Kapitalismus führt – und damit dem angeschlagenen kapitalistischen Lager zu neuen Kräften verhelfen wird. Uns aber können die Reaktionäre mit solchen Theorien nicht verwirren. Wir wissen, daß es das chinesische Volk war, das unter der Führung des Genossen Mao Tsetung die Revolution zum Sieg führte, und das jetzt den Sozialismus aufbaut. Warum sollte das chinesische Volk also aufhören, gegen Imperialismus und Revisionismus zu kämpfen, wenn einer seiner Führer stirbt ? Auch hier zeigt sich wieder, daß die Imperialisten uns immer wieder die gleichen Lügen auftischen: Auch Lenin war oft von ihnen totgesagt worden, und auch vom Tod Lenins erhofften sie sich wilde Machtkämpfe und einen Rückfall in den Kapitalismus. Wenn sie uns heute wieder mit den gleichen Lügen verwirren wollen, mit denen sie schon vor 50 Jahren gescheitert sind, so zeigt das nur die Hilflosigkeit der imperialistischen Ausbeuter gegenüber der Macht des Volkes.





IN POLEN

Coca Cola setzt seinen „Siegeszug" durch die Länder des vom Sozialimperialismus beherrschten „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (COMECON) fort. Nachdem schon kurz nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei bei Prag eine Coca-Cola-Fabrik errichtet worden war, teilt die polnische Nachrichtenagentur PAP am 24.9. mit, daß jetzt auch polnische Außenhandelsfirmen mit den Firmen Coca Cola und Pepsi Cola langfristige Verträge zwecks Herstellung ihrer Produkte in Polen eingegangen sind.

DER GEWERKSCHAFTSTAG DER IG-METALL

IMPERIALISTISCHE POLITIK ALS GEWERKSCHAFTLICHE AUFGABE

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stand im Zeichen der Krise. Dem Vorstand ging es darum, die sozialdemokratische Politik zur Krisenbewältigung, d.h. die rückhaltlose Unterstützung der imperialistischen Ziele nach innen und außen durchzusetzen. Die Beschlüsse des Gewerkschaftstages müssen als Programm dieser Politik angesehen werden.

DEMOKRATISCHE SCHMIERENKOMÖDIE

Der formale Ablauf des Gewerkschaftstages zielte auf die bedingungslose Durchsetzung der Vorstandspolitik ab. Selbst gegen die ohnehin äußerst harmlose Opposition wurde jede mögliche Sicherung eingebaut.

Geschäftsordnung fur Taschenspieler

Die vorstandstreuen Antragsberatungs- und Satzungsberatungskommission 'bearbeiteten' alle Anträge mit ihren 'Empfehlungen' zur Annahme oder Ablehnung. Sie benutzten dabei viele Tricks, z.B.:

1. Vorstandsentschließungen zur Annahme vorzuschlagen, zugleich dutzendweise Delegiertenanträge für 'erledigt zu erklären, weil sie angeblich schon in der Entschließung verarbeitet seien. Dazu sagte ein Delegierter: „Inzwischen ist mir klar geworden, daß durch die Entschließungen unliebsame Anträge aus der Diskussion herausgenommen werden können.

2. Unliebsame Anträge wurden unverbindlich als 'Material an den Vorstand überwiesen'. Ein Delegierter bemerkte dazu treffend: „Den Antrag als Material zu überweisen, das heißt in unserem Sprachgebrauch: „Begräbnis erster Klasse."

3. Bei mehreren ähnlich lautenden Anträgen zu einem Punkt suchte die Komission stets den unverbindlichsten heraus. Häufig stellten Delegierte fest: „Die Antragsberatungskomission empfiehlt, dem Antrag 358 zuzustimmen. Meiner Meinung nach ist dieser Antrag der weichste!"

4. Verfälschung eines Antrages durch 'Neuformulierung'. Durch solche Kunststückchen gelang es den IGM-Führern, auch die letzten fortschrittlichen Reste aus den Entschlüssen herauszuhalten.

Maulkorb für Kritiker

in solchen Kreisen über 'zu linke' Themen diskutieren, kann der Vorstand diese Kreise verbieten.

4. Bezirksleitung: Der Antrag, diese zu wählen, wurde abgewiesen. Die Bezirksleiter werden weiter vom Vorstand eingesetzt. In den letzten Tarifrunden leisteten sie dem Vorstand die besten Dienste als Feuerwehrmänner, um die Entfaltung des Kampfes zu verhindern.

ARBEITERVERRÄTER BRENNER



Wer aufmuckt fliegt

In der Krise wird der Einfluß der Marxisten-Leninisten besonders der KPD/ML auf viele Gewerkschafter sich verstärken. Dieser Gefahr soll das neue

WEGBEREITER ZUM FASCHISMUS

Bekenntnis zum Kapitalismus

Warum fegt die Gewerkschaftsführung gerade jetzt die Reste der Gewerkschaftsdemokratie weg ? Der Schlüssel zur Erklärung zind die politischen Pläne der sozialdemokratischen IGM-Bonzen. Eine grundsätzliche Aussage war: „Wir bekennen uns also im Prinzip zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und beschränken uns lediglich darauf, Wildwuchs und übertriebene Ausbeutung zu mildern." Die IGM-Führer gehen also stets von dem Gedanken aus, wie das kapitalistische System über die Runden zu bringen ist. Sie haben die Aufgabe, den Arbeitern die Pläne der Imperialisten durch durch soziale Demagogie möglichts schmackhaft zu machen. Ein Altmeister in dieser Kunst ist Otto Brenner. In seinem Grundsatzreferat legt er dar: Die 'Marktwirtschaft' entspricht den Erfordernissen von Wachstum und Vollbeschäftigung nicht



mehr: Wenn die Krise auf dem Höhepunkt ist, muß der imperialistische Staat ganz anders organisiert sein. Ausgangspunkt seiner 'sozialen Utopie' ist die konzertierte Aktion. Der Vorstand hat wie ein Löwe gegen alle Austrittsanträge gekämpft und gesiegt. Brenner hat viermal versichert, Lohnleitlinien gebe es nicht. In der Entschließung II aber steht: „Die Aufgabe der Bundesregierung in der konzertierten Aktion besteht u.a. darin, Rahmenwerte für die Arbeitseinkommen einerseits, für die Gewinne und Vermögenseinkünfte andererseits vorzulegen." Sogar ein Delegierter sagte da: Das sind doch offensichtlich Lohnleitlinien.

Völlige Verstaatlichung der Gewerkschaften

Aber die konzertierte Aktion reicht nicht aus. Noch ist das ein 'freiwilliger' Zusammen-

Rüstungshaushaltes für soziale Ausgaben sind allgemeinen unverbindlichen Phrasen gewi-

Wenn sich dennoch Opposition regte, hagelte es Drohungen und Beschimpfungen. Dann warf sich Otto Brenner in den Kampf. Bei der Frage der konzertierten Aktion warf er den Gegnern vor, sie seien Spalter, die 'einen Keil zwischen die Gewerkschaft treiben wollen'.

Wer sogar die Tarifpolitik des Vorstandes kritisierte, der wurde gleich in die Nähe der 'ML-Leute' gerückt, und das war das Schlimmste, was einem Delegierten passieren konnte.

Das tollste Stück war die Weigerung, das Protokoll der Sitzung von Arbeitsdirektoren und Vorstandsmitgliedern vom 22.6. öffentlich zu verbreiten. In diesem Protokoll wurde aktiven Vertrauensleuten der Kampf angesagt. Ein Hamburger Delegierter forderte die Veröffentlichung. Er wurde vom Vorsitzenden mehrfach unterbrochen. Schließlich wurde er mit der Begründung, er rede nicht zur Geschäftsordnung, wie ein Schuljunge vom Rednerpult weggejagt.

Der Gewerkschaftstag ließ sich diese Unverschämtheiten ohne nennenswerten Widerstand gefallen. Das zeigt: Die Ortsverwaltungen sind zum größten Teil mit treuen Parteigängern der sozialfaschistischen Vorstandspolitik besetzt.

Dieser Gefahr soll das neue Ausschlußverfahren vorbeugen: Der Vorstand kann selbständig Verfahren einleiten. Er benennt 3 von 5 Mitgliedern der Untersuchungskommission, darunter den Vorsitzenden. Diese Kommission gibt eine Empfehlung an den Vorstand, der endgültig entscheidet. Auf diese Weise kann jeder oppositionelle Kollege über den Kopf der Ortsverwaltung weg rausgeschmissen werden. Das hat noch besondere Schärfe durch den Antrag, tarifliche Leistungen nur noch für Gewerkschaftsmitglieder zu vereinbaren. So kann jeder oppositionelle Arbeiter erpreßt werden nach dem Motto: Halt den Mund, wenn dein Schornstein rauchen soll.

schluß. Gebraucht wird eine gesetzliche Einrichtung zur dauernden Fortsetzung des Lohndiktats und aller anderen Maßnahmen des Imperialismus. Daher fordert die IGM-Führung sogenannte Wirtschafts- und Sozialräte, die an der 'wirtschaftlichen Rahmenplanung' teilnehmen sollen. Die Richtung dieser Rahmenplanung läßt sich daran erkennen. Alle konkreten Forderungen zur Kürzung des unverbindlichen Phrasen gewichen, über die Notwendigkeit in aller Welt abzurüsten.

Diese Wirtschaftsparlamente soll es geben im Bund, in den Ländern und regional. Von dieser straff organisierten 'sozialen Utopie' bis zur Organisation Marke 'Reichsgruppe Industrie mit Wehrwirtschaftsführern und Arbeitsfrontfunktionären' im Faschismus ist es nicht mehr allzu weit.

Die Wahl - eine Farce

So wundert es auch niemand, wenn am Schluß die ganze Verräterclique um Otto Brenner wiedergewählt wurde. Auch für die Pensionäre Eick und Mahnke setzten sich die Vorstandsgünstlinge durch: Troche, der sich Verdienste beim Dortmunder Verbotsantrag gegen die KPD/ML erworben hat, und Anke Fuchs, geb. Nevermann, die einer geübten sozialdemokratischen Karrieristenfamilie angehört.

TODESSTOSS FÜR GEWERKSCHAFTSDEMOKRATIE

Alle Macht dem Vorstand

Schon im äußeren Ablauf war die innergewerkschaftliche Demokratie auf der Strecke geblieben. In der Satzungsdiskussion unternahm der Vorstand einen Frontalangriff auf die Rechte der Mitglieder auf unteren Ebenen:

1. Einfache Mitglieder: Weder vor noch nach Tarifabschlüssen sind Mitgliederbefragungen notwendig.

2. Vertrauensleute: Der Antrag, die Stellung der Vertrauensleute in der Satzung zu verankern, wurde abgelehnt. Begründung: Es handelt sich um keine Grundsatzentscheidung. D.h. grundsätzlich kann die IGM-Führung auch ohne Vertrauensleute auskommen, besonders wenn sie aufsässig sind.

3. Ortsverwaltung: Statt wie bisher nur den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl der Ortsvorstände zu bestätigen, muß der Vorstand jetzt auch jedes einzelne Ortsvorstandsmitglied bestätigen. Das kommt einer Ernennung durch den Vorstand gleich. Arbeitskreise dürfen nur noch nach den Richtlinien des Vorstandes gebildet werden. Wo Vertrauensleute und Mitglieder

Mitbestimmung- der Kapitalist im Mittelpunkt

Im Betrieb soll die Mitbestimmung die Grundlage dieses Systems sein. Was davon zu halten ist, offenbart das vertreuliche Protokoll einer Sitzung von Vorstandsmitgliedern (Michels, Strothmann) und Arbeitsdirektoren vom 22.6.1971: Wenn von Vertrauensleuten zugunsten der Kollegen auf die Arbeitsdirektoren Druck ausgeübt wird, heißt das 'Entartung der Mitbestimmung'. Versuche der Vertrauensleute, Kontrolle über Betriebsratsmitglieder auszuüben, gilt als 'Mißbrauch der Vertrauenskörper durch gewisse Gruppen', womit die Marxisten-Leninisten gemeint sind. Einerseits fordern die Herren Gewerkschaftsführer 'Mitbestimmung', andererseits wollen sie mit der 'Basisdemokratie' der Vertrauensleute aufräumen.

Das alles zeigt uns: Die Führer der IG Metall wollen mit dem Wortgeklüngel gegen die Faschisten nur die Mitglieder irreführen. Schaut man ihre Politik genau an und fällt nicht auf die ersten sozialen Phrasen herein, dann erkennt man: Sie bahnen genau den Weg, auf dem der Faschismus wieder über die Arbeiterklasse herfällt !



KONZENTRIERTE AKTION GEGEN DIE ARBEITERKLASSE: SCHILLER, BRENNER UND WOLF VON AMERONGEN, EIN HERZ UND EINE SEELE.

Fortsetzung Seite 7

DAS WEST-BERLIN-ABKOMMEN

EIN SCHRITT VORAN FÜR DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS AUF DEM WEG ZUR VORHERRSCHAFT IN WESTEUROPA



GROSSER BAHNHOF FÜR BRANDT IN MOSKAU

Brandt und Breshnew auf der Krim, Postabkommen zwischen der BRD und der DDR, Verhandlungen über sichere Zugangswege nach Berlin – die SPD-Regierung der westdeutschen Imperialisten ist politisch auf dem Vormarsch. Während die Beziehungen zwischen Gro britannien und der UdSSR eine Spionage-Krise erleben, die französischen Imperialisten nun deutlich nur noch die zweite Geige für die Sozialimperialisten der Sowjetunion spielen, konzentrieren sich die Kontakte und Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau, Bonn und Ost-Berlin.

Welche Absichten verfolgen die Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie, die die SPD-Regierung stützen ? Verfolgen sie eine andere Politik als die 'aggressivsten und kriegstreibenden' Monopole, die lieber eine CDU-Regierung mit Strauß sehen würden ? Wir wissen, daß das Abkommen zwischen Bonn und Moskau und der Berlin-

pitals lassen sich hinsichtlich der Einflußnahme auf die aggressive Strategie und Politik des Imperialismus gegenwärtig zwei Flügel unterscheiden. Der eine Flügel hat – besonders ausgeprägt in den USA – in der Verflechtung der mächtigsten Rüstungsmonopole mit der reaktionären Militärführung, im Militär - Industrie - Komplex ,

innen her aufzurollen', bedeutet die verstärkte Anwendung ökonomischen Mittel und der ideologischen Diversion* bei der Verfolgung antisozialistischer Ziele."

Danach gibt es also für den westdeutschen Imperialismus die Möglichkeit, friedlich seine Ziele zu erreichen. Wenn es daher dann einen weniger aggressiven Teil der Monopolbourgeoisie gibt, der nicht zu dem Mittel des Krieges greift, der durch die SPD vertreten wird, dann wäre es natürlich auch für die Kommunisten richtig, diese Fraktion der Monopolbourgeoisie überall da zu unterstützen, wo sie 'reale Spannung abbaut', wo sie 'Frie-

auf deutschem Boden (in Westdeutschland ca. 200 000 USA-Soldaten und 60–70 000 weitere);

– seit dem 2. Weltkrieg können sie nur über ein wesentlich geschrumpftes Gebiet herrschen;

– seit dem 2. Weltkrieg besitzen sie nur noch einen Teil von Berlin, der auf dem Gebiet der heutigen DDR liegt, es bestehen nur Zufahrtswege, die durch oder über die DDR führen;

– seit dem 1. Weltkrieg besitzen die deutschen Imperialisten außer Kohle und der Arbeitskraft des deutschen Volkes keine Rohstoffe, sie haben keine Kolonien mit Erzen, seltenen Metallen, Erdöl;

genau, daß sie den Klassenkampf im eigenen Land enorm verschärfen würden, würden sie ihrem Volk noch weiterhin und noch größere Lasten der USA-Kriegstreiber aufbürden. Denn der USA-Imperialismus ist vor allen Völkern als Kriegstreiber und blutrünstiger Mörder entlarvt.

Auch die westdeutschen Imperialisten müssen daher gegen die USA Front machen. Doch, da gibt es eben West-Berlin, die laufenden Spannungen zwischen der BRD und der DDR. Sie waren daher bisher auf die USA-Imperialisten angewiesen, um West-Berlin zu halten und als Stützpunkt auszubauen. Sie brauchten die USA-Imperia-

Vertrag keinen wirklichen Frieden, keine wirkliche Entspannung, keine wirkliche Abrüstung in Europa bringt. Frieden und Entspannung sind erst möglich, wenn die Wurzel von Krieg, Ausbeutung und Terror, die kapitalistische Jagd nach Profit, ein für allemal in der ganzen Welt beseitigt sind.

Aber trotzdem – einige Leute behaupten, so insbesondere die DKP, alle 'friedliebenden Kräfte' in der Bundesrepublik müßten die 'Brandt-Scheel-Regierung' verteidigen, beschützen gegen die reaktionärsten, die kriegstreibenden Monopole und das 'Rechtskartell' von NPD bis CDU/CSU. So sagen diese Leute, man müsse die Widersprüche in der Bourgeoisie, die Widersprüche unter den verschiedenen Monopolgruppen der Bourgeoisie ausnutzen, um so günstige Bedingungen wie nur eben möglich für die Revolution zu schaffen. Das zeige sich auch in der Berlin-Frage. Denn dadurch würden die Spannungen in Europa verringert. Zwar seien alle Imperialisten, alle Monopolgruppen aggressiv und wollten letztlich die Revolution verhindern und jeden sozialistischen Staat vernichten, aber einige würden doch weniger aggressive, weniger kriegerische Methoden anwenden. Und so meinen diese Leute, man könne doch SPD und CSU nicht in einen Topf werfen, da gebe es doch Unterschiede, und je nachdem, welche Gruppe an der Macht sei, müßten wir Kommunisten eine unterschiedliche Taktik anwenden.

„Innerhalb der herrschenden Kreise des Monopolka-
seine Hauptbasis. Diese extrem aggressiven Kreise des Monopolkapitals betreiben eine Verfestigung und Verschärfung der militärischen, ökonomischen und politischen Konfrontation mit dem Sozialismus. Ein zweiter, gemäßigter Flügel innerhalb der herrschenden Kreise der imperialistischen Länder empfiehlt eine stärkere Anpassung an das neue Kräfteverhältnis. Er gibt ökonomischen Machtmitteln und der ideologischen Diversion* den Vorrang gegenüber militärischen Konflikten." **

Diese Flügel, so meinen diese Leute, gebe es auch in der BRD, und das zeige sich klar in der Ostpolitik. „Ein Teil der Monopolbourgeoisie hielt und hält noch immer daran fest, im wesentlichen von der Position der militärischen Stärke und der Konfrontation mit dem Sozialismus her 'Ostpolitik' zu betreiben. Sie finden ihre politische Repräsentanz in extrem reaktionären Gruppierungen. Gleichzeitig begannen andere Teile der Monopolbourgeoisie elastischer zu reagieren, um die alten Ziele mit neuen Methoden und Mitteln zu erreichen."

Die Methoden des „vernünftigen" Teils der Monopolbourgeoisie hätte also zwar dasselbe Ziel, den Sozialismus zu verhindern und zu beseitigen, doch „Die Umstellung auf ein langfristiges Einwirken auf die sozialistischen Länder, um sie 'von

* Diversion heißt Angriff von der Seite, Ablenkung.

** Alle Zitate – sofern nicht anders angegeben – sind aus der revisionistischen Schrift „Der Imperialismus in der BRD", Frankfurt 1971

denssicherung' betreibt, wo sie verhandelt und 'dem Volk Frieden und Glück bringt'. Und dann wären die Ostverträge solche Beweise für eine 'vernünftige Strategie' eines 'zur Vernunft gekommenen' Teils der Monopolbourgeoisie !?

Mit aller Entschiedenheit müssen wir Kommunisten diese Friedensillusionen zerstören ! Einen friedlichen, einen nicht aggressiven Imperialismus kann es nicht geben – er wäre kein Imperialismus mehr !

Und gerade am Beispiel der Berlin-Abkommen müssen und können immer wieder die verschiedenen Konzepte der politischen Vertreter der Monopole als das entlarven, was sie sind. Sie suchen nach friedlichen und kriegerischen Methoden der Expansion. Genau wie die Kapitalisten die Arbeiterklasse mal mit dem Zuckerbrot locken wollen, mal mit der Peitsche zum Kuschen zu bringen versuchen, genauso benutzen die Imperialisten mal Verträge, mal Krieg, um ihre Ziele zu erreichen. Das eine gehört untrennbar zum anderen ! Wer das leugnet, der hat aus der Geschichte des Imperialismus und der Arbeiterbewegung und aus zwei Weltkriegen noch immer nichts gelernt !

Welche Absichten stecken also hinter der SPD-Politik, hinter dem 'sozialen' und und 'Friedens'gewäsch ?

Die westdeutschen Imperialisten sehen sich vor riesige Hindernisse auf dem Weg der weiteren Expansion gestellt, unter anderem:

– seit dem 2. Weltkrieg stehen ausländische Truppen

Erde,

– sie haben seit dem 2. Weltkrieg die wichtigste Waffe nicht: die Atombombe.

Diese riesigen Hindernisse hindern die westdeutschen Imperialisten aber nicht daran, Großmachtpläne auszuarbeiten. Der westdeutsche Imperialismus muß die Hindernisse beseitigen, will er nicht bei den zunehmenden Krisen im Inland, bei dem sich abzeichnenden weltweiten Handelskrieg, beim drohenden dritten Weltkrieg in einer hoffnungslosen Lage sein und als selbständiger Imperialismus untergehen.

Daher haben alle westdeutschen Regierungen den Auftrag, diese Fragen für den westdeutschen Imperialismus zu lösen. So versuchen sie sich Rohstoffstützpunkte in aller Welt, besonders in Afrika, wo sie mit Portugal und Südafrika gemeinsame Sache machen, aufzubauen. Und genauso versuchen sie die West-Berlin-Frage auf ihre Weise zu lösen.

Worauf kommt es ihnen dabei an ?

In absehbarer Zeit werden sich die Widersprüche zwischen den USA-Imperialisten und den westeuropäischen Imperialisten noch mehr verschärfen. Die jetzige Währungskrise ist davon nur ein (noch) harmloses Vorspiel. Die USA-Imperialisten wollen ihre Krise auf die anderen Imperialisten abwälzen und denken nicht daran, ihre Vorherrschaft über die westliche Welt aufzugeben. Die westeuropäischen Imperialisten, voran die BRD, Frankreich und Großbritannien, müssen sich daher gegen die USA-Imperialisten immer mehr wehren. Denn sie wissen

listen, um ihren Brückenkopf mitten in der DDR, mitten in dem verlorenen Gebiet zu halten. Sie waren daher auf Gedeih und Verderb an die USA-Imperialisten gebunden, so stark sie ökonomisch auch wurden. Solange Berlin nicht vertraglich abgesichert, solange eine Sicherheitskonferenz die offene Flanke im Osten nicht vorläufig sichert, so lange müssen sie daher in ihrer eigenen imperialistischen Expansion kurztreten, können sie gegenüber dem USA-Imperialismus nur vorsichtige 'freundschaftliche Kritik', 'ernste Besorgnis' äußern, auf keinen Fall jedoch die politische Führung Westeuropas gegen die USA-Imperialisten übernehmen.

Umgekehrt wollen die Sozialimperialisten in der Sowjetunion ebenfalls den Brückenkopf West-Berlin entschärfen. Für sie gilt das Problem der offenen Westflanke genauso. Solange um und an Berlin ständige Kriegsgefahr herrscht, werden hier riesige militärische Kräfte gebunden, die nicht nur sehr viel kosten, sondern auch woanders – im Osten – gebraucht werden, um endlich gegen China vorgehen zu können, um China zu überfallen. Schon haben sie ungeheure Truppen an der chinesischen Grenze konzentriert. „Der Aufmarsch umfaßt nach westlichen Quellen jetzt bereits 45 meist atomar bewaffnete Sowjet-Divisionen, gegenüber 30 Divisionen im Jahr 1970 und nur 15 im Jahr 1968. Das sind 1,4 Millionen Mann einschließlich des logistischen Apparates*. Das

* Logistischer Apparat bezeichnet den technischen und wissenschaftlichen Stab.

gegen die Volksrepublik China gerichtete sowjetische Atom-Arsenal reicht von auf Panzer montierten 'taktischen' Raketen von maximal einer Megatonne bis zu den strategischen 25-Megatonnen-Giganten, die, in Sibirien und der Mongolei stationiert, jeden Punkt in China erreichen können..... Die Unterhaltung der China zugewandten Militärmacht der Sowjetunion kostet mit jährlich rund 30 Milliarden Dollar etwa ebensoviel, wie die USA für ein Jahr Vietnamkrieg auf seinem Höhepunkt ausgeben mußte." (Frankfurter Allgemeine Zeitung am 8. September 1971)

Die eigenen inneren Widersprüche, der verstärkte Kampf des russischen und polnischen Volkes gegen ihre neue Bourgeoisie zwingt die sowjetischen Imperialisten zur Einigung ihrer unterdrückten Völker gegen einen angeblichen äußeren Feind: die Chinesen. Eine ungehaure faschistische Rassenhetze wird von den Revisionisten seit Jahren gegen die 'gelben Teufel' mobilisiert, um von den inneren Schwierigkeiten abzulenken und die Kritik der chinesischen Kommunisten am Revisionismus der Renegaten Breshnew und Kossygin abzublocken.

Das verbirgt sich hinter dem Friedens- und Abrüstungsgewäsch. Beide imperialistischen Mächte wollen sich eine bessere Ausgangsposition für die drohende weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen schaffen. Dieser Kuhhandel ermöglicht dem einen, dem sowjetischen Imperialismus, Expansion nach Osten vorzubereiten, und dem anderen, dem westdeutschen Imperialismus, Los-

Gewerkschaftstag der IG-Metall

Fortsetzung von Seite 5

FUR ZERSCHLAGUNG DER MARXISTEN LENINISTEN

Reformgesäusel statt Revolution

Die IGM-Führer wissen, daß die einzige Gefahr für ihre sozialfaschistische Politik die Marxisten-Leninisten sind. „Wir haben im Betrieb und im Ortsverwaltungsbereich Schwierigkeiten mit der KPD/ML und der Revolutionären Jugend", gibt G. Würich aus Ludwigsburg zu. Delegierte aus Kiel, Herne Dortmund und Düsseldorf berichten über Auseinandersetzungen mit der KPD/ML, besonders jetzt in der Tarifrunde. Die IGM-Führer geben zu, daß die Betriebszeitungen der KPD/ML bei den Kollegen gut ankommen. „Sie (die Marxisten-Leninisten) konzentrieren sich zunehmend auf die Herstellung und Verteilung zahlreicher betriebsbezogener Schriften, in denen regelrechte Heztkampagnen gegen die Gewerkschaften geführt und deren Funktionäre in der übelsten Weise beschimpft werden."

Wer ihren Verrat durchschaut, ist den IGM-Bossen natürlich ein Dorn im Auge. Brenner führt deshalb einen scharfen ideologischen Kampf gegen die Marxisten-Leninisten. Der Begriff 'Klassenkampf erscheine antiquiert'. Der Unterschied zwischen Reform und Revolution existiere gar nicht, er werde nur von den Linksextremen aufgebauscht. In Wirklichkeit seien auch Revolutionen allmähliche Veränderungen. Unverschämterweise führt er dafür China als Beispiel an. Der 'Reifeprozeß' kapitalistischer Wirtschaft ermögliche es, heute die allmähliche Reform anstelle der Revolution zu setzen. Mit diesem Gefasel will er die Arbeiter von der Wahrheit ablenken, daß nur die gewaltsame Machtergreifung der Arbeiterklasse die Ausbeutung abschafft.

Für Verbot der KPD/ML

Daß diese Erkenntnis sich in der Arbeiterbewegung Bahn brechen wird, wissen die IGM-Führer. Und deshalb bleiben sie beim ideologischen Kampf gegen die Marxisten-Leninisten nicht stehen: Der Vorstand erwartet von der Bundesregierung die 'Strafverfolgung grundgesetzwidriger Aktionen, einschließ-

für die DKP-Funktionäre, die 'häufig zu unseren besten gewerkschaftlichen Funktionären zählen' (Lorenz). Der Angriff auf die Marxisten-Leninisten wird getarnt als Schutz der 'demokratischen Grundordnung' gegen 'Extreme von rechts und links'. Dabei sind für die IGM-Führer die Nazis nur in der NPD



25 Jahre Volksrepublik Albanien

DER NÄCHSTE ROTE MORGEN ERSCHEINT AM MONTAG, DEM 8. NOVEMBER 1971. IM MITTELPUNKT DIESER AUSGABE STEHT DIE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

listen nach der Vorherrschaft in Europa. Die imperialistische Herrschaft soll durch die 'Mitbestimmung' eines gesamteuropäischen Gewerkschaftsbundes gegen die Arbeiterklasse verteidigt werden, in dem selbstverständlich die westdeutschen Gewerkschaften die erste Geige spielen.

3. Ostpolitik: Kein einziger Antrag forderte die Anerkennung der DDR. Vielmehr setzte Brenner die Beibehaltung der Präambel durch, nach der die IGM 'eine ganz Deutschland umfassende IG Metall anstrebt', also die Existenz der DDR einfach wegleugnet. In der Entschließung X fordern die Gewerkschaftsbonzen von den revisionistischen Gewerkschaften die Aufgabe des Standpunktes, daß West-Berlin nicht Bestandteil der Bundesrepublik sei: „Nur eine Berlin-Regelung, die dies voll respektiert, ...kann die gegenwärtigen Schwierigkeiten aus dem Weg räumen und zu einer Unterstützung der Entspannungspolitik durch gewerkschaftliche Ost-West-Kontakte führen." Unverblümt wird gedroht: Entweder ihr gebt uns West-Berlin oder mit der Entspannung ist es Essig!

VERTEIDIGUNG DES LOHNDIKTATS

Obwohl zugegeben wurden, daß die Kollegen in den Großbetrieben empört über die 9–11%-Forderungen sind und vielfach den Forderungen der KPD/ML zustimmen, verteidigen die IGM-Führer ihre Schandforderungen und ihre gesamte Lohndiktatspolitik.

In der Entschließung VI heißt es: „Diese Tarifpolitik orientiert sich an den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft und den wirtschaftlichen Möglichkeiten." Was die Herren unter 'berechtigten Interessen' verstehen, das kennen wir aus den Forderungen. Der zweite Teil ist das Programm zum Lohnabbau in der

Jede Forderung, die eine Verbesserung der Position der Arbeiter gegenüber dem Vorstand in der Tarifbewegung enthielten, wurde abgelehnt oder dem Vorstand 'als Material übergeben': Mitgliederbefragungen, Urabstimmung vor jedem Abschluß, die Forderung, zwischen Scheitern der Verhandlungen und Durchführung der Urabstimmung keine neuen Verhandlungen aufzunehmen, usw.

Ebenso verfuhr man mit der Forderung nach garantiertem Mindestlohn und linearer Lohnerhöhung für alle Lohngruppen.

Damit hat der Vorstand endgültig freie Bahn, seine Politik der Erfüllung des Lohndiktats gegen

lösung vom USA-Imperialismus und Errichtung einer dritten, westeuropäischen Weltmacht unter Führung der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Somit bereiten also der Berlin-Vertrag wie die Ostverträge den dritten Weltkrieg vor.

Doch das Komplott der deutschen und sowjetischen Imperialisten werden durch die revolutionären Kämpfe der unterdrückten Völker, durch den Kampf des internationalen Proletariats und vor allem durch den Kampf der sozialistischen Länder China und Albanien durchkreuzt werden ! Wir in der Bundesrepublik müssen die wirklichen Kriegstreiber entlarven, ihnen die Maske vom Gesicht reißen. Hat nicht auch Hitler nach 1933 jahrelang vom Frieden getönt – und die Kriegsmaschine lief schon auf Hochturen !

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges – wir können sie beim Berlin-Abkommen direkt mit den Händen greifen – besteht weiterhin. Der entschlossene Kampf des westdeutschen Proletariats und seiner Bündnispartner kann dazu beitragen, ihn zu verhindern. Der Kampf beginnt darin, die SPD zu entlarven, wie sie durch Militarisierung, Aufrüstung und Faschisierung alle Voraussetzungen für einen dritten Weltkrieg von deutschem Boden aus herstellt.

☆

lich des eventuellen Verbots der sie tragenden Organisationen'. Dies gilt vor allem für die KPD/ML. Aber auch einfache DKP-Arbeiter, die es wagen sollten, mit den Marxisten-Leninisten eine Einheitsfront einzugehen, sollen nicht ungeschoren bleiben. Ein Antrag, das KPD-Verbot solle nicht auf die DKP angewendet werden, wurde abgelehnt. Das gilt natürlich nicht und in der 'Aktion Widerstand' zu finden. Kein Wort davon, daß das Großkapital hinter dem Faschismus steht, daß die CDU/CSU voller Nazis steckt. Das zeigt: In Worten reden die IGM-Führer vom Kampf gegen den Faschismus, in Taten fördern sie ihn durch den Angriff auf die revolutionäre Arbeiterbewegung.

UNTERSTÜTZUNG IMPERIALISTISCHER AUSSENPOLITIK

Auch in der Außenpolitik unterstützt die IGM-Führung voll die Politik des westdeutschen Imperialismus:

1. Kolonialpolitik: Alle Anträge auf Verurteilung der amerikanischen Aggression in Indochina und sofortigen Abzug ihrer Truppen wurden durch die Entschließung III 'erledigt'. Dort werden 'die beteiligten Staaten aufgefordert, mit den militärischen Interventionen in Südostasien und mit der kurzsichtigen Politik wechselseitiger Waffenlieferungen Schluß zu machen und eine vernünftige politische Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anzusteuern."

Kein Wort über die Unterstützung der Amerikaner durch die deutsche Devisenhilfe ! Kein Wort über die Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika durch deutsche Waffen und Militärberater. Kein Wort über das imperialistische Cabora-Bassa-Projekt, an dem gerade viele Metallkonzerne beteiligt sind. Kein Wort über die Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen stattdessen wird alles der 'Vernunft' der Imperialisten zur Erledigung übergeben.

2. Europapolitik: Die Entschließung XII bekennt sich zur EWG-Politik Brandts, zum Streben der westdeutschen Imperia-

Krise, wenn die 'wirtschaftlichen Möglichkeiten' eben 'zu gering' sind.

die Mitglieder durchzusetzen, wenn nicht die kämpfenden Arbeiter ihm Einhalt gebieten.

Unsere Aufgaben anpacken !

Der 10. Gewerkschaftstag der IG Metall richtete die Organisation weiter auf die nach innen und außen aggressive Politik des westdeutschen Imperialismus aus. Er schuf mit der weiteren Zerstörung der Gewerkschaftsdemokratie die innerorganisatorischen Voraussetzungen für diese Politik. Die sozialdemokratischen Führer halten den Apparat fester denn je in der Hand.

Die KPD/ML hat die Aufgabe, die Metallarbeiter bei ihrer nächsten Kraftprobe, dem Lohnkampf, nach Kräften zu unterstützen. Noch viel wichtiger aber ist es, den Kollegen den politischen Hintergrund des Lohndiktats klarzumachen. Wir müssen den fortschrittlichen Kollegen zeigen, daß der sozialfaschistischen Politik der Gewerkschaftsführer nur die von marxistisch-leninistischen Prinzipien geleitete Kommunistische Partei entgegentreten kann.



Bestellschein



HIERMIT BESTELLE ICH :
AB NUMMER ....

Der ROTE MORGEN erscheint alle vierzehn Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto DM 11,00. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 336444 (D. Schneider) zu bezahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL / ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Den Bestellschein bitte ausschneiden und senden an:
Verlag Detlef Schneider, 2000 Hamburg 19, Postfach 7654

DEMONSTRATION VON 3000 STAHLARBEITERN DKP-ABWIEGLER HAND IN HAND MIT BOSS UND BONZEN

HAGEN:

ARBEITER WERDEN VERHÖHNT

Die Klassenwidersprüche in Westdeutschland und West-Berlin spitzen sich mit der aufkommenden Krise zur Zeit zu. Verbunden damit ist ein Anschwellen der spontanen Arbeiterbewegung, die zwar noch nicht bewußt sozialistisch ausgerichtet ist – dazu ist die **Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten** noch zu klein – aber bereits bereit, sich gegen die Kapitalisten zu wehren. Häufig gelingt es der DKP noch, sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen und ihre Stoßrichtung abzulenken. So auch in Hagen.

Der Montag, 4. Oktober, an dem über 3000 Stahlarbeiter der Hasper Hütte (Klöckner) und von Eckeney (Stahlwerke Südwestfalen) für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf die Straße gingen, hatte zwei Gesichter für die Arbeiter: Zum einen war es ein Tag eindrucksvollen Beweises ihrer Kampfentschlossenheit und Kampfkraft, zugleich aber war es ein Tag, an dem sie den Verrat der Gewerk-

bereiten Arbeiter eine Intrige in Szene, die aus der Kampfdemonstration der Arbeiter eine Schmierenkomödie, eine Narrenposse machen sollte.

Schon seit Donnerstag ging das Gerücht, daß am Montag die Arbeit niedergelegt werden sollte. IGM-Bonzen und DKP-Verräter hatten also genügend Zeit, um sich gründlich darauf vorzubereiten. Kollegen, die der DKP angehörten, durften den Marsch durch die Stadt organisieren, ein DKP-Abwiegler hielt sich bereit. Viele Kollegen hatten zu den DKP-Leuten Vertrauen, da sie im Betrieb Forderungen aufgestellt hatten, die die Kollegen für richtig hielten. Mancher DKP-Kollege war sich auch über die verräterische Rolle der DKP nicht im klaren. Gemäß ihrer Dummenfängerei vom 'friedlichen Weg zum Sozialismus' kanalisierte die DKP die Forderung der Kollegen zu der Parole 'Verstaatlichung' der Hasper Hütte und berief sich dabei auf die Verfassung von Nordrhein-Westfalen.

Wegrationalisierung von 25 000 Arbeitsplätzen für die Ruhrkohle an.

Die Verstaatlichungsparole kann also nur die Funktion haben, die Arbeiter zu beschwichtigen und sie ihr Heil beim kapitalistischen Staat und seinen sozialfaschistischen Politikern suchen zu lassen.

Noch in einer anderen Hinsicht entlarvte sich die DKP. Unter den wohlgefälligen Augen des IGM-Bevollmächtigten Schmidt versuchten einige DKPisten, Genossen der **Roten Garde** Flugblätter zu entreißen, die sie unter den Arbeitern verteilten.

Auf einer Veranstaltung der **Roten Garde** behauptete ein SDAJ-Mitglied später, das hätten die Arbeiter gemacht.

Auf der Kundgebung klappte das spiel der Bonzen und ihrer Lakaien reibungslos. Die Kollegen waren auf die Abgefeimtheit nicht vorbereitet. Einige, die es durchschauten, mußten in ohnmächtigem Zorn erleben, wie die Abwiegler von Berufs wegen das Mikrophon mit Beschlag belegten und ihr Spiel über die Bühne zogen. Dieses bestand darin, zunächst einmal die Stimmung hochzuputschen, um dann weitere Aktionen abzuwürgen.





lassen sich auf folgende Kernsätze zusammenfassen:

Betriebsratsvorsitzender Ebeling von Eckeney: „Kollegen, wir werden die Stillegung niemals hinnehmen!"

Oberbürgermeister Loskand (SPD): „Wir solidarisieren uns mit euch, Kollegen!"

Betriebsratsvorsitzender Böhne von der Hasper Hütte: „Wir stehen hinter euch!"

Innenminister Willy Weyer, der extra aus Düsseldorf angereist war: „Kollegen, habt Vertrauen zu eurer Landesregierung! Wir kümmern uns um eure Arbeitsplätze, wir werden neue Arbeitsplätze hinzuschaffen."

Ebeling: „Kollegen, ihr habt es alle gehört, wir vertrauen der Landesregierung."

IGM-Bevollmächtigter Schmidt: „Kollegen, wir nehmen die Arbeit wieder auf. Ab in die Betriebe!"

Ein DKP-Vertrauensmann: „Hört auf die Worte des Kollegen Schmidt!

ihr streikt. Sie werden ihre Waren sowieso nicht los!"

Stimmt das? Nein! Jeder Streik bedeutet für die Kapitalisten einen Profitverlust. Er stärkt auch das Kampfbewußtsein der Arbeiter und läßt sie ein Stück proletarischer Solidarität erleben. Es kann nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegen, sich zu überlegen, wie der Kapitalist mit seinen Schwierigkeiten fertig wird, die ja auf das Konto seiner Profitgier gehen. Nur konsequenter Kampf kann den den Forderungen der Arbeiter Gewicht geben. Den Herren von Klöckner und ihren politischen Vertretern in Landesregierung, Stadtspitze, IGM-Verwaltung und Betriebsrat, sowie den DKP-Verrätern, die die Narrenposse aufzogen, ins Stammbuch: Sie selbst sind die Narren im Klassenkampf, die kommende Krise wird die Arbeiterklasse nicht schwächen, sondern stärken; denn sie wird sie lehren, ihre Feinde klar zu erkennen, um sie schließlich unter Führung ihrer

schaftsbonzen und DKP-Funktionare erfuhren.

Ende September war in der Hasper Hütte und in Eckeney durchgesickert, daß beide Werke in absehbarer Zeit stillgelegt werden sollen. Die Unruhe und Kampfbereitschaft der Kollegen wuchs von Tag zu Tag. Den Kapitalisten, Gewerkschaftsbonzen und DKPisten wurde sehr schnell klar, daß die Kollegen bereit waren, für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Um einen Streik zu verhindern, um den Betriebs'frieden' zu retten, fingen Bosse und Bonzen und ihre DKP-Lakaien zu rotieren an. Sie setzten gegen die kampf-

Das war ihr wichtiger, als den Kollegen zu erklären, daß es im Kapitalismus keine wirkliche Behebung der Krise, also auch keine Sicherheit der Arbeitsplätze geben kann. Außerdem liegt die Verstaatlichung im Interesse des Klöcknerkonzernes, der extra vorher noch einen Hochofen gebaut hat, um eine höhere 'Entschädigungs'prämie zu kassieren. Was dabei herauskommt, zeigt die Entwicklung der Ruhrkohle AG, nämlich, daß auch Verstaatlichung keinen Ausweg aus der Krise bedeutet, da nach wie vor Produktion und Absatz den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Kühn kündigte bereits die

OBER-ABWIEGLER ERWIN EBELING, BETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI ECKESEI (DKP-Vorstandsmitglied !), RIEF DIE KOLLEGEN DAZU AUF, DER KAPITALISTENTREUEN REGIERUNG ZU VERTRAUEN.

Die Diskussionsbeiträge der herbeigeeilten Kundgebungsredner

Seid vernünftig !"

Nach der Schmiere hörten mehrere Kollegen, wie Betriebsratsvorsitzender Böhne zu OB Loskand sagte: „Gut gemacht, Rudi !"

Im vertrauten Kreis gab später der IGM-Bevollmächtigte Schmidt au: „Die Hasper Hütte wird in spätestens zwei Jahren dicht gemacht." Landes-Ministerpräsident Kühn wußte einige Tage darauf offiziell noch nichts dergleichen.

Im Betrieb versuchten die Bonzen, den Arbeitern einzureden: „Die Unternehmer sind doch froh, wenn

erstarkenden kommunistischen Partei in der sozialistischen Revolution zum Teufel jagen.

Die Arbeiterklasse geht unaufhaltsam dem Tag entgegen, an dem diesen Aasgeiern und Verrätern kein Trick, keine Posse mehr helfen wird vor der Rechenschaft, die das Proletariat von ihnen fordert !

